

**Niederschrift über die öffentliche  
Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

am Montag, den 09.10.2017

im Kaspar-Hauser-Saal, Tagungszentrum Onoldia

---

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	17:35 Uhr

---

**Anwesenheitsliste**

**Vorsitzender**

Deffner, Thomas

**Ausschussmitglieder**

Fabi, Markus

Frauenschläger, Elvira

Höhn, Sebastian

Homm-Vogel, Elke

Meyer, Boris-Andrè

Sichermann, Paul

von Blohn, Christine Dr.

anwesend ab TOP 4

**stimmberechtigte Mitglieder**

Ehnes, Yvonne

Engelhardt, Barbara

Kestler, Heinz

Loos, Christof

Vertretung für Frau Elke Schmidt

**beratende Mitglieder**

Döbel, Daniela

Ehnes, Jochen

Freitag, Christine

Kriegelstein, Norbert

Mikus, Katharina

Noël, Nicole

Pfister, Peter

Vertretung für Frau Andrea Kaiser

**Schriftführerin**

Pickenhahn, Elke

**Referenten**



# Tagesordnung

## Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Vereidigung bzw. Verpflichtung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2014-2020)
- TOP 2 Hilfen zur Erziehung incl. Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Sachstandsbericht-
- TOP 3 Neufassung der Regelungen zur Bereitschaftspflege in Ansbach
- TOP 4 Neufassung der Regelungen zur Vollzeitpflege in Ansbach
- TOP 5 Haushalt 2018 - Beratung des Abschnitts Jugendhilfe
- TOP 6 Bedarf/Finanzierung /Maßnahmen zur Erweiterung bzw. Errichtung von Kindertagesstätten
- TOP 7 Anfragen/Bekanntgaben

Bürgermeister Thomas Deffner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

### Öffentliche Sitzung

<b>TOP 1</b>	<b>Vereidigung bzw. Verpflichtung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2014-2020)</b>
--------------	---

Herr Bürgermeister Deffner verpflichtet

Frau Katharina Mikusch (Agentur für Arbeit) und  
Frau Nicole Noel (Erziehungsberatungsstelle)

als neue beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

**Dient zur Kenntnis.**

<b>TOP 2</b>	<b>Hilfen zur Erziehung incl. Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge -Sachstandsbericht-</b>
--------------	---

Frau Freitag verweist auf die Sitzungsvorlage, die den JHA-Mitgliedern mit der Einladung zugegangen ist.

Zum Stand 01.09.2017 sind 44 Minderjährige sowie 13 Volljährige in Heimunterbringung, insgesamt 57, untergebracht.

In Vollzeitpflege werden insgesamt 52 junge Menschen (49 Minderjährige und 3 junge Volljährige) betreut.

Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind zum Stand 01.09.2017 18 Minderjährige in Heimerziehung und 24 junge Volljährige stationär untergebracht.

Im Rahmen von Eingliederungshilfe sind insgesamt 17 Minderjährige und junge Volljährige stationär untergebracht. 22 werden im Rahmen der Eingliederungshilfe ambulant betreut.

Die Zahlen bewegen sich aufgrund von schwierigen gesellschaftlichen Problemen noch immer auf einem hohen Niveau.

Herr Bürgermeister Deffner bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Meyer sieht eine problematische Entwicklung im Anstieg der Fallzahlen im Bereich der ambulanten Hilfen. Ein wichtiger und richtiger Weg zur Reduzierung dieser Fallzahlen ist die rechtzeitige Prävention.

**Dient zur Kenntnis.**

### **TOP 3 Neufassung der Regelungen zur Bereitschaftspflege in Ansbach**

Frau Freitag verweist auf die Sitzungsvorlagen, die den Ausschussmitglieder mit der Einladung zugegangen sind. Sie erläutert kurz TOP 3 und TOP 4.

Zu TOP 3 führt sie weiter aus, dass im Stadtgebiet Ansbach aktuell zwei Bereitschaftspflegestellen vorhanden sind. Als Entschädigung für ihre Dienste erhalten die beiden Bereitschaftspflegestellen derzeit eine monatliche Bereitschaftspauschale i.H.v. 80,00 €, die sich aus einem Grundbetrag von 54,00 € und einem zusätzlichen Betrag von 26,00 € zusammensetzt. Der Betrag i.H.v. 80,00 € wird seit 01.01.2006 gewährt und sollte daher dringend aktualisiert und angepasst werden. Eine Erhöhung auf monatlich pauschal 100,00 € wird als angemessen betrachtet und liegt im Bereich dessen, was auch andere Jugendhilfeträger leisten. Dies könnte als Anreiz für die Akquirierung weiterer Bereitschaftspflegestellen dienen.

Das Gleiche gilt auch für die Neufassung der Regelungen zur Vollzeitpflege in Ansbach (siehe TOP 4). Auch hier handelt es sich lediglich um kleine Erhöhungen der Beträge

Frau Freitag betont, dass es langfristig nicht abzuschätzen ist, wie ausbaufähig der Bereich Vollzeitpflege sein wird.

Herr Bürgermeister Deffner appelliert an die Ausschussmitglieder beiden Beschlussvorschlägen der Verwaltung zuzustimmen.

Frau Frauenschläger möchte wissen, ob sich die neuen Beträge der Stadt Ansbach mit den Beträgen des Landkreises Ansbach decken und was an Werbemitteln eingesetzt wird, um neue Pflegeeltern zu gewinnen.

Frau Freitag bestätigt, dass im Landkreis Ansbach die gleichen Beträge wie in der Stadt Ansbach gelten. Des weiteren führt sie aus, dass die zuständige Kollegin im Pflegekinderfachdienst auch noch für einen halben Bezirk in der Bezirkssozialarbeit zuständig ist und es von daher zeitlich sehr schwierig ist, aufwendige Werbemaßnahmen zu betreiben.

Auf Nachfrage von Frau Frauenschläger teilt Frau Freitag mit, dass derzeit eigentlich nur „Mund zu Mund-Propaganda“ betrieben wird.

Frau Rosenberger führt weiter aus, dass bisher durchgeführte Werbemaßnahmen (z.B. Sommerfest, Radioaufruf Antenne Bayern, Kirchenblatt etc.), sehr wenig Zulauf (lediglich 1 Pflegefamilie) an neuen Bereitschaftspflegefamilien/Vollzeitpflegefamilien gebracht haben. Es ist sehr schwierig Familien anzusprechen und zu motivieren die anspruchsvolle Aufgabe einer Bereitschaftspflege oder Vollzeitpflege zu übernehmen. Der Bedarf an neuen Pflegefamilie ist grundsätzlich sehr hoch.

Frau Frauenschläger appelliert an Herrn Bürgermeister Deffner eine professionelle Werbeaktion zu starten, um die Gewinnung von Pflegeeltern voranzutreiben.

Herr Bürgermeister Deffner nimmt den Appell zur Kenntnis. Er hat großen Respekt vor den Aufgaben, die eine Pflegeperson leisten muss.

**Beschluss:**

Das Amt für Familie, Jugend, Senioren und Integration der Stadt Ansbach gewährt ab 01.01.2018 eine Bereitschaftspauschale i.H.v. 100,00 € monatlich. Die Empfehlungen des Bayerischen Landkreistages und des Bayerischen Städtetages für die Vollzeitpflege werden übernommen, so dass den Bereitschaftspflegestellten als Entschädigung für Unterhalt und erhöhten Erziehungsaufwand bis zum 28. Aufenthaltstag ein täglicher Betrag i.H.v. 30% des aktuellen Erziehungsbeitrages gewährt werden kann und ab dem 29. Aufenthaltstag der empfohlene Satz der laufenden Geldleistung für Vollzeitpflege.

**Einstimmig beschlossen.**

**TOP 4 Neufassung der Regelungen zur Vollzeitpflege in Ansbach**

Wurde bereits mit TOP 3 abgehandelt.

**Beschluss:**

Das Amt für Familie, Jugend, Senioren und Integration der Stadt Ansbach wendet die Empfehlungen des Bayerischen Landkreistages und des Bayerischen Städtetages für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII **vollumfänglich**, in der jeweils gültigen Fassung an. Ab 01.01.2018 wird abweichend von der bisherigen Regelung auch die Höhe der Pflegepauschale unverändert übernommen und auf den 5%-Zuschlag verzichtet.

**Einstimmig beschlossen.**

**TOP 5 Haushalt 2018 - Beratung des Abschnitts Jugendhilfe**

Herr Schwarzbeck verweist auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2018 – Abschnitt Jugendhilfe- und erläutert die einzelnen Positionen.

**Verwaltungshaushalt:**

4071.

4700: Aufgrund der Ergebnisse durch den Kommunalen Prüfungsverband erfolgte hier eine Steigerung der Personalkosten.

4512.

7605: Wie vom Fachamt beantragt stehen für Veranstaltungen und Maßnahmen im Rahmen der Ferienpaßaktion 53.000,00 € im Jahr 2018 zur Verfügung.

4521.

7001: Es steht wieder ein Pauschalzuschuss in Höhe von 12.000,00 € für Zuschüsse f. lfd. Zwecke an Wohlfahrtsverbände im Haushalt 2018 zur Verfügung.

Frau Homm-Vogel möchte wissen, welche Projekte von diesem Geld gefördert wurden.

Herr Schwarzbeck führt aus, dass es sich um einen Pauschalzuschuss handelt. Es erfolgt keine besondere Projektförderung.

Herr Schwarzbeck berichtet weiterhin, dass im Jahr 2017 der Deckungsring 6,6 Millionen Euro betrug. Für das Jahr 2018 wurde die Gesamtsumme des Deckungsringes von 6,6 Millionen auf jetzt über 7 Millionen Euro erhöht, das entspricht einer Steigerung von 419.000 Euro. Er bittet das Fachamt um Kostendisziplin. Der Bereich der UmA's ist davon nicht betroffen.

4575.

6580: Für neue Projekte der Koordinierenden Kinderschutzstelle wurde der Haushaltsansatz gegenüber dem Vorjahr entsprechend erhöht und beträgt jetzt 19.000,00 €.

4606.

7092: Auf Nachfrage von Frau Dr. von Blohn erläutert Herr Schwarzbeck, dass der jetzige Geschäftsführer des Stadtjugendrings direkt beim Bayer. Jugendring angestellt ist. Früher war dieser bei der Stadt Ansbach angestellt.

4608. Das Jugendzentrum kann einen Budgetüberschuss in Höhe von 57.000,00 € verzeichnen.

4640.

7701: Gegenüber dem Vorjahr wurde der Haushaltsansatz um 5.000,00 € erhöht.

Frau Homm-Vogel möchte den Sachstand bezüglich der Standortsuche für den Kindertreff wissen.

Frau Freitag erklärt, dass bislang keine andere Örtlichkeiten für den Kindertreff gefunden werden konnten.

Herr Kriegelstein hält es für wichtig, einen anderen Standort für den Kindertreff zu finden, zumal die Karolinenschule um 2 Klassen gewachsen ist und sich diese in einem sehr schlechten baulichen Zustand befindet.

Frau Freitag hält das Angebot des Kindertreffs der Arbeitwohlfahrt in der Stadt Ansbach für extrem nützlich. Es wird auch sehr gut angenommen. Sie bittet die anwesenden JHA-Mitglieder um Unterstützung bei der Standortsuche. Von Vorteil wäre nach wie vor Innenstadtnähe.

Frau Tischer führt weiter aus, dass der Kindertreff vor einigen Jahren initiiert wurde. Inzwischen hat dieser jedoch andere Dimensionen angenommen. Die Unterbringung des Kindertreffs in den Räumlichkeiten der Karolinenschule ist eine Notlösung.

Herr Bürgermeister Deffner ist der Meinung, dass ein Sanierungsbedarf in der Karolinschule gegeben ist. Die Angelegenheit muss unbedingt im kommenden Jahr weiter thematisiert werden.

### **Vermögenshaushalt:**

4071.

9350: Für Möbel für die neuen Mitarbeiter des Amtes stehen im Haushalt 2018 insgesamt 4.000,00 € zur Verfügung.

4649: Die erforderliche Generalsanierung des Kindergartens Christ-König ist im Haushalt 2018 eingeplant.

Herr Schwarzbeck erläutert noch kurz die Positionen der Negativliste.

Herr Bürgermeister Deffner bedankt sich für die Ausführungen. Die angedachten Um-/An-/ Erweiterungsbaumaßnahmen etc. an verschiedenen Kindergärten zwecks Schaffung neuer Kindergartenplätze soll bei den Haushaltsberatungen behandelt und entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

### **Dient zur Kenntnis.**

<b>TOP 6</b>	<b>Bedarf/Finanzierung /Maßnahmen zur Erweiterung bzw. Errichtung von Kindertagesstätten</b>
--------------	--

Frau Freitag verweist auf die Sitzungsvorlage. Bereits in der letzten JHA-Sitzung am 26.06.2017 wurde auf die Problematik von fehlenden Kindergarten/Krippenplätzen sowie auf den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hingewiesen. Bis einschließlich des Kindergartenjahres 2016/2017 waren im Gebiet der Stadt Ansbach ausreichend Plätze in den Ansbacher Kindertagesstätten vorhanden. Zwischenzeitlich wird erkennbar, dass der Bedarf an Plätzen ansteigt. Die Bedarfsermittlung für das Kindergartenjahr 2018 hat folgendes Ergebnis:

Im laufenden Kindergartenjahr sind alle Kindertagesstätten im Stadtgebiet voll belegt, etwa 100 Kinder wurden in die Wartelisten aufgenommen. Die Geburtenrate steigt in der Stadt Ansbach im Kindergartenjahr um ca. 10 %, 37 Kinder mehr als im Vorjahr werden somit einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben.

Dieser Zuwachs ergibt sich vorwiegend in der Kernstadt. Hinzu kommt ein Bedarf aufgrund der neuen Baugebiete in Höfstetten, Hennenbach und Obereichenbach.

Aufgrund gesellschaftlicher Entwicklung werden auch mehr Hortplätze benötigt. Die Verwaltung wurde beauftragt Lösungen zu finden.

Nunmehr ist u.a. angedacht die Erweiterung des Städt. Kindergartens um eine Gruppe zu erweitern. 18 Plätze könnten bei den Klinikanten entstehen. Weitere Möglichkeiten gibt es in Pfaffengreuth.

Bisher sind für zwei Baumaßnahmen bei der Stadt Ansbach formlose Anträge eingegangen. Eine der Maßnahmen ist die Generalsanierung des Kindergartens Christ-König durch die Kath. Kirchengemeinde. Außerdem wurde der Anbau von zwei Krippengruppen am Kindergarten Schalkhausen ins Gespräch gebracht.

Für die nächsten Jahre wäre laut Baureferat ein eigenständiger Kindergartenneubau neben der bestehenden Einrichtung in Pfaffengreuth möglich.

Frau Frauenschläger ist enttäuscht. In der letzten JHA-Sitzung wurde um Aufstellung aller Kindergärten in Ansbach, mit Gruppen und Anzahl der Kinder gebeten. Dies ist nicht geschehen.

Sie hätte sich von der Verwaltung eine detailliertere Aufstellung über fehlende Kindergartenplätze gewünscht. Außerdem hätte sie sich konkrete Vorschläge seitens der Verwaltung erbeten. Lt. Gesetz besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Frau Freitag sieht auch Probleme in den erteilten Betriebserlaubnissen und in fehlendem Personal. In einer Betriebserlaubnis steht die Maximalzahl an Kindern, die betreut werden dürfen. Tatsächlich werden aber oft weniger Kinder in der Einrichtung betreut, da Fachpersonal fehlt.

Herr Bürgermeister Deffner hält eine Warteliste mit Wünschen der Eltern für sinnvoll um feststellen zu können, wo Bedarf im Stadtgebiet vorhanden ist. In einer nichtöffentlichen Sitzung könnte dann über die Ergebnisse berichtet werden.

Frau Freitag erklärt, dass in der Innenstadt, KiGA Brodswinden und Pfaffengreuth die Wartelisten am längsten sind.

Herr Bürgermeister Deffner möchte wissen, in welchen Kindergärten in Ansbach Wartelisten vorhanden sind. In der Stadt Nürnberg werden die Anmeldezahlen zentral zusammengeführt und können jederzeit abgerufen werden.

Frau Frauenschläger moniert, dass ein Anmeldeprogramm versprochen wurde. Sie bittet das Thema intensiv weiter zu verfolgen und die Einführung zügig umzusetzen.

Herr Schwarzbeck verweist auf den im HFA gefassten Beschluss zur Mitteleinstellung in Höhe von 20.00,00 € für den Haushalt 2018 für die Beschaffung einer speziellen Software.

Auf Nachfrage sichert Frau Freitag die Zusendung der Warteliste zusammen mit dem Protokoll zu.

Herr Meyer bittet um Überprüfung, ob die Errichtung einer zweiten städt. Kindertagesstätte im nördlichen Stadtgebiet möglich wäre.

Herr Kestler gibt zu bedenken, dass durch die angespannte Platzsituation auch gerade Kinder von Asylbewerbern kaum in Kindergärten unterkommen.

Herr Kestler verweist auf das Angebot in der Draissstraße. In dieser Betreuungsgruppe werden Kinder von Asylbewerbern u.a. an drei Tagen in der Woche aufgenommen.

Herr Höhn wünscht sich konkrete Zahlen und Ideen, wo baulich das Angebot erweitert werden kann. Er verweist darauf, dass das neue Angebot in der Draisstraße (OSA-Druck) keine Ideallösung darstellt. Diese Kinder sollten auch die Möglichkeit haben, einen regulären Kindergarten zu besuchen.

Frau Freitag verweist in diesem Zusammenhang auf den kommenden Rechtsanspruch für Grundschüler auf Nachmittagsbetreuung. Die Betreuungssituation insgesamt für Kinder bis 10 Jahren wird sich dadurch noch zuspitzen.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden berichtet die anwesende Frau Schermer (Kindergartenfachaufsicht) über das Ergebnis einer persönlichen Abfrage in allen Kindergärten bezüglich der Möglichkeiten von Erweiterung/Ausbau. Die Ergebnisse der Abfrage werden dem Protokoll als Anlage beigefügt, wie Herr Bürgermeister Deffner zusagt.

Herr Schwarzbeck betont, dass von Seiten der Finanzverwaltung dieses Thema längstens aufgegriffen wurde. Die Bauverwaltung wurde mit der Prüfung der baulichen Möglichkeiten bis zu den Haushaltsberatungen beauftragt.

Herr Kriegelstein erläutert in diesem Zusammenhang, dass die Grundschule in Meinhardswinden aufgrund sinkender Schülerzahlen halb leer steht. Evtl. könnte durch eine Zusammenlegung der Grundschulstandorte Brodswinden und Meinhardswinden der entstehende freie Raum anderweitig genutzt werden. Damit stünde die Grundschule Brodswinden als Möglichkeit für einen Kindergarten zur Verfügung.

Frau Dr. von Blohn möchte wissen, ob es die Arbeitsgruppe „Schulentwicklung“ noch gäbe. Herr Kriegelstein bejaht dies.

### **Dient zur Kenntnis.**

## **TOP 7   Anfragen/Bekanntgaben**

Frau Dr. von Blohn möchte wissen, wie das Jugendamt mit Menschen mit Behinderung bei Erreichung der Volljährigkeit umgeht (weitere Hilfen etc.)

Frau Freitag führt aus, dass es die verschiedensten Arten von Behinderung gibt.

Nach § 35 a SGB VIII wird vom Jugendamt Hilfe für Kinder oder Jugendliche gewährt, die seelisch behindert oder von einer seelischen Behinderung bedroht sind. Soll eine Hilfe nach Erreichen der Volljährigkeit weiter gewährt werden, bleibt das Jugendamt grundsätzlich zuständig.

Für alle anderen Hilfgewährungen für Menschen mit Behinderungen (Körperbehinderung etc. ) ist der Bezirk zuständig.

Frau Homm-Vogel erkundigt sich nach der Resonanz in Sachen „Revolution Train“.

Frau Tischer erläutert, dass der Zug vom 12. bis zum 14.10.2017 in Ansbach halt machen wird. Schulklassen, aber auch Azubis der verschiedensten Firmen, haben die Möglichkeit, geleitete Gruppenführungen durch den Zug wahrzunehmen. Bislang haben

sich ca. 600 Jugendliche angemeldet. Am Freitag, den 13.10.2017 findet eine Veranstaltung in der Karlshalle statt. Für Freitag Vormittag besteht noch die Möglichkeit sich für eine Zugführung anzumelden.

Ab 14.10.2017 besteht ganztägig die Möglichkeit für interessierte Bürgerinnen und Bürger den Zug zu durchlaufen und sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Frau Tischer hofft auf eine rege Beteiligung. Viele Menschen sollen mit dem Angebot des „Revolution Trains“ erreicht werden.

Frau Freitag bittet die anwesenden JHA-Mitglieder um Zustimmung der vorliegenden Koki-Konzeption.

Mit der vorliegenden Koki-Konzeption besteht von Seiten der JHA-Mitglieder Einverständnis.

Frau Tischer berichtet über das neue Projekt „TRAMPOLIN“. Gemeinsam mit der Suchtberatung der Diakonie, dem Jugendamt der Stadt Ansbach und der Erziehungsberatungsstelle Ansbach wird ein Angebot für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren aus suchtbelasteten Familien geschaffen. Personell wird die Gruppe geführt durch Mitarbeiter der Erziehungsberatungsstelle und der Diakonie.

### **Auflageverfahren**

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 26.06.2017 wurde durch Auflage genehmigt.

Thomas Deffner  
Bürgermeister

Elke Pickenhahn  
Schriftführer/in